



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 14

21. Juli 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Polizeistrukturereformgesetz im Landtag verabschiedet**
- 02 Kretschmann: „Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte der Beamtenbund Grund zur Klage gehabt“**
- 03 Stellenabbau – wann ist die Polizei dran?**
- 04 Autoren gesucht: Buch zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte**
- 05 Vorsicht bei E-Mail-Verteilern
Bußgeld: E-Mail-Adressen für alle Empfänger sichtbar**
- 06 dbb-Homepage baut Barrieren ab – Vorlesefunktionen integriert**
- 07 DPoIG-Kurzmeldungen**

01 Polizeistrukturreformgesetz im Landtag verabschiedet

Quelle: Staatsanzeiger: Ausgabe 28/2013

Der Landtag hat am Donnerstag mit den Stimmen von Grün-Rot die Polizeireform verabschiedet. Bis zuletzt gab es erbitterten Widerstand von Landkreistag, CDU und Deutscher Polizeigewerkschaft. Selbst die Gewerkschaft der Polizei kritisiert, dass einige Veränderungen zu radikal seien.

Warum will Grün-Rot die Struktur der Landespolizei reformieren?

Nach Ansicht von Innenminister Reinhold Gall (SPD) gibt es im Land zu viele Polizeidirektionen und -präsidien – nämlich 37. Dazu vier Landespolizeidirektionen.

Zum Vergleich: Das doppelt so große Bayern kommt mit zehn Polizeipräsidien aus. Wenn die Zahl der Präsidien in Baden-Württemberg am 1. Januar 2014 auf zwölf sinkt und die Landespolizeidirektionen aufgelöst werden, können in Zukunft mehr Polizisten auf Streife und im 24-Stunden-Dienst der Kriminalpolizei eingesetzt werden.

Galls Devise lautet „weniger Häuptlinge, mehr Indianer“: 660 Stellen werden durch die Strukturreform in der Führungsebene frei. Neben den zwölf regionalen Präsidien wird es weitere Einrichtungen mit thematischen Schwerpunkten geben, darunter die Polizeihochschule und das Landeskriminalamt.

Wer ist für die Polizeireform?

Treibende Kraft der Reform ist die SPD. Bereits unter Galls Vorgänger und Parteifreund Frieder Birzele gab es Anfang der 1990er-Jahre entsprechende Überlegungen. Die Größe der neuen Polizeipräsidien ähnelt jener der Regionalkreise, mit denen die SPD bereits seit den 1970er-Jahren liebäugelt. Zwar hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) eine Gebietsreform ausgeschlossen – allerdings bloß für diese Legislaturperiode.

Wer ist dagegen?

CDU und Landkreistag wollen um jeden Preis den Status quo bewahren. Die bisherige Konstellation – ein Landkreis, eine Polizeidirektion – kam beiden sehr entgegen. Grund: Die Landräte besitzen mehrheitlich ein CDU-Parteibuch. Und sie können den Polizeidirektoren auf Augenhöhe begegnen. Dies wird bei den neuen Polizeipräsidenten schwerlich der Fall sein, sind diese doch für mehrere Landkreise und in einigen Fällen auch für mehrere Regierungspräsidien zuständig.

Wo stehen die Gewerkschaften?

In gewisser Weise gehorchen die beiden großen Polizeigewerkschaften der politischen Farbenlehre. Während die SPD-nahe Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Reform begrüßt, ist die CDU-nahe Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) dagegen. Allerdings würde sich auch GdP-Landeschef Rüdiger Seidenspinner bisweilen ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl wünschen. So kritisiert er die Schaffung von Polizeipräsidien in Konstanz und Tuttlingen. In beiden Fällen hätte es alternative Standorte gegeben, die weitaus zentraler liegen.

Auch die Veränderungen bei der Bereitschaftspolizei sind Seidenspinner zu radikal. Er hätte sich gewünscht, dass mehr Arbeitsplätze im Süden bleiben. Immerhin habe Gall reagiert und 86 Stellen in Freiburg eingerichtet. Allerdings wird im Gegenzug die

Bereitschaftspolizei in Lahr mit 248 Stellen aufgelöst; dort wird in Zukunft ausgebildet.

Gar nicht gut auf die Reform ist DPoIG-Chef Joachim Lautensack zu sprechen. Er hofft, „dass sich die Unzulänglichkeiten der Reformentscheidungen schnell offenbaren und die politisch Verantwortlichen ebenso schnell und ehrlich bereit sind, das rückgängig zu machen, was noch rückgängig gemacht werden kann“ – zum Beispiel, was die Bereitschaftspolizei und das Polizeipräsidium Bildung betrifft. Außerdem fürchtet er trotz aller Dementi der Landesregierung Stellenabbau – dann wäre die Reform „für die Katz“ gewesen.

Was meint die Polizei selber?

Das ist schwer zu beantworten. Allerdings spricht der Umstand, dass Praktiker die Polizeireform vorbereitet haben, für eine gewisse Sympathie. Wie auch die Tatsache, dass selbst bei der CDU vor einigen Jahren ein Papier kursierte, das eine Reduzierung der Zahl der Polizeidirektionen und -präsidien vorsah. Verfasst worden war es von Polizisten mit CDU-Parteibuch.

Mehr Polizei fürs Geld - oder nur Kosten?

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 18.07.2013

Polizeireform: Der Landtag befindet über das politisch umstrittene Projekt von Innenminister Reinhold Gall (SPD)

Die Polizei in Baden-Württemberg steht vor einer grundlegenden Reform, sofern der Landtag am Donnerstag den Weg frei macht. Daran besteht indes kein Zweifel, Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat für das von ihm initiierte Projekt die Rückendeckung der grün-roten Koalition. Der organisatorische Kern der Reform besteht in der Verschmelzung der vier Landespolizeidirektionen, die bisher bei den Regierungspräsidien angedockt waren, mit den 37 Polizeidirektionen und Polizeipräsidien im Südwesten. Im Ergebnis entstehen zwölf regionale Polizeipräsidien. Die Opposition interpretiert den Neuzuschnitt der Polizei als 'Rückzug aus der Fläche'. Ein Vorwurf, den Innenminister Gall nicht gelten lässt. Schließlich blieben die Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort unangetastet. Im Gegenteil, die Reform setze Kräfte frei, um den Streifendienst personell aufzustocken. Letzteres sei für die Bürger entscheidend.

Neben den zwölf Polizeipräsidien entsteht ein Polizeipräsidium 'Einsatz', das die bisherige Bereitschaftspolizei sowie die Spezialeinheiten wie die Hubschrauberstaffel, die Wasserschutzpolizei und die Reiterstaffel zusammenfasst. Zudem wird ein Präsidium 'Technik, Logistik, Service' geschaffen, dazu ein Präsidium 'Bildung', zu dem die Schulen der Bereitschaftspolizei, die Akademie der Polizei sowie die Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen gebündelt werden.

Die Kosten für die Reform taxiert das Innenministerium auf insgesamt 123 Millionen Euro - ein Betrag, den die Opposition als zu niedrig angesetzt kritisiert. Außerdem führt die Opposition ins Feld, dass mit der Zentralisierung die Anfahrtswege der Polizei länger werden.

Zumindest einen vorläufigen Erfolg kann Innenminister Gall mit der Reform schon verbuchen: Aus der Diskussion über Stelleneinsparungen hat er die Polizei zunächst

herausgenommen. Gall argumentiert, mit der Hebung von Effizienzreserven habe er seinen Beitrag zur Haushaltssanierung bereits erbracht.

Das Für und Wider der Reform erörtern im Folgenden: Gerhard Klotter, Inspekteur der Polizei und verantwortlich für die Umsetzung des ambitionierten Vorhabens, sowie Joachim Lautensack, Leitender Polizeidirektor und Landeschef der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund.



Pro

Modernisierung tut not

Entlastung Die Polizei benötigt schlagkräftige Präsidien, die weitestgehend alle Aufgaben eigenständig schultern können. *Von Gerhard Klotter*

PRO

Modernisierung tut not

Entlastung Die Polizei benötigt schlagkräftige Präsidien, die weitestgehend alle Aufgaben eigenständig schultern können. Gerhard Klotter

Wir von der Polizei sind ein Garant dafür, dass Baden-Württemberg seit Langem zu den sichersten Bundesländern zählt. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass unsere inhomogene Organisationsstruktur aus den 70er Jahren stammt und nicht zukunftsfähig ist. Das verdeutlichen einige Aufgabenfelder: Die Bekämpfung organisierter Kriminalität, die Zunahme der Cyberkriminalität oder die aufwendige Überwachung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter wurden in den 70er Jahren strukturell noch nicht berücksichtigt. Selbst die Bewältigung großer Einsatzlagen und die Einrichtung von Sonderkommissionen nach herausragenden Kapitaldelikten können kleine Dienststellen heute nicht eigenständig gewährleisten.

Wir benötigen daher schlagkräftige Polizeipräsidien, die weitestgehend alle Aufgaben eigenständig schultern können. Zudem erfordert der verantwortungsvolle Umgang mit Haushaltsmitteln ein Umdenken. Insbesondere die Polizeitechnik ist teuer; unsere Arbeit muss aber bezahlbar bleiben - und genau das ist sie nicht, wenn der heutige Organisationsaufbau bleibt. Wir benötigen einen tiefgreifenden strukturellen Umbau, der sich aufgrund der vor uns stehenden Pensionierungswelle sozialverträglich umsetzen lässt.

Was bringt den Bürgerinnen und Bürgern die Reform? Wir verstärken beispielsweise die Streifendienste der Polizeireviere mit jeweils mindestens zwei Polizeibeamtinnen

beziehungsweise -beamten und richten landesweit Kriminaldauerdienste ein. Damit steht kriminalpolizeiliches Knowhow rund um die Uhr zur Verfügung. Die neuen spezialisierten Verkehrsunfallaufnahmegruppen entlasten zudem die Polizeireviere in der Bearbeitung komplexer Verkehrsunfälle. Professionelle Führungs- und Lagezentren werden landesweit die Einsatzsteuerung übernehmen.

Wir erhalten mehr Qualität und durch die Zusammenlegung von Dienststellen den personellen Spielraum, um uns den Herausforderungen zu widmen. Es ist kein Luxus, die Organisation so tief greifend zu verändern. Im Gegenteil: es wäre fahrlässig, diesen Schritt nicht zu gehen.



KONTRA

Überzogen und überdimensioniert

Demotivation Der Auftrag kam ausschließlich von der Politik. Es fand keinerlei Beteiligung der Beamten statt. Joachim Lautensack

Die Polizei des Landes ist viel zu gut, um derart radikal umgekrempelt zu werden. Diese Reform ist überzogen und überdimensioniert. Das Festhalten an der Zahl von zwölf Regionalpräsidien zerschneidet und zergliedert nicht nur die heutige Polizeistruktur. Die neuen polizeilichen Raumschaften passen als künstliche Gebilde nirgendwo in die vorhandenen politischen, wirtschaftlichen, geografischen, kulturellen, gesellschaftlichen, landsmannschaftlichen Strukturen des Landes. Zwischen der Beibehaltung der bisherigen Organisationsstruktur und den überdimensionierten Reformentscheidungen gäbe es unendlich viele Alternativen, die eine Reform sehr viel verträglicher und risikoärmer hätten gestalten können.

Mit circa 4000 unmittelbar betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist das Risiko sehr groß, dass auch mittelfristig nur wenig Akzeptanz erzeugt werden kann und die Motivation unter dem Veränderungsdruck erheblich leiden wird. Die Auswirkungen auf die Familien und den privaten Bereich sind mitunter ganz erheblich.

Diese Reform ist keine Reform von der Polizei für die Polizei. Der Auftrag kam ausschließlich von der Politik. Es fand keinerlei Beteiligung statt, weder zum Eckpunktebericht noch zu Raum- und Standortentscheidungen. Mit Kabinettsbeschlüssen wurden trotz umfänglicher fachlicher Kritik unumstößliche Fakten geschaffen.

Die Polizei wird lange brauchen, um in die neue Organisation hineinzuwachsen. Die Infrastruktur ist dafür nicht geeignet. Interimslösungen werden die Polizei viele Jahre belasten. Die Reform wird selbst nach Jahren nur eine Türschildreform sein. Absolut unverständlich ist die Zerschlagung der Bereitschaftspolizei. Bayern macht seine

vergleichbaren Reformschritte gerade rückgängig, während wir bekannte Fehler sehenden Auges machen werden.

Der Wert der Reform muss gemessen an der erwarteten Wirkung, dem Umsetzungsaufwand und den Kosten grundsätzlich angezweifelt werden. Selbst nach 15 Jahren wird ein dickes fettes Bilanzminus von mindestens 123 Millionen Euro für den Steuerzahler unter dem Strich stehen.

Die Stellungnahme des Landesvorsitzenden der DPoIG, Joachim Lautensack, anlässlich der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Landtags von Baden-Württemberg vom 03.07.2013 fügen wir diesem DPoIG-ID als Anlage bei.

02 Kretschmann: „Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte der Beamtenbund Grund zur Klage gehabt“

Quelle: Stuttgarter Zeitung u.a. Printmedien

Ministerpräsident grantelt gegen den Beamtenbund

Besoldung Kretschmann zeigt sich von den jüngsten Protesten der Staatsdiener äußerlich unbeeindruckt.



Nicht gerade sensibel und beamtenfreundlich zeigte sich Ministerpräsident Kretschmann sich von den Beamtenprotesten anlässlich der Verschiebung der Besoldungsanpassung und der Nullrunde für Beamte ab der Besoldungsgruppe A 12 äußerlich unbeeindruckt.

'Was wir beschlossen haben, ist die unterste Grenze.' Schließlich bezahle Baden-Württemberg seine Staatsdiener außerordentlich gut, nur Bayern und der Bund seien da noch etwas großzügiger. So endete Kretschmanns Crescendo in dem Bekenntnis, der Beamtenbund habe keinen Grund zur Klage, doch 'wenn es nach mir gegangen wäre, hätte der Beamtenbund Grund zur Klage gehabt'. Kretschmann hatte sich ursprünglich für eine generelle Nullrunde eingesetzt, war aber am Widerstand der SPD-Fraktion gescheitert.

Ginge es nach Kretschmann, würden wohl auch die Pensionen ein Stück weit dem Sinkflug bei den Renten angepasst werden. Dafür wollte sich Kretschmann bei der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten stark machen. Durchsetzbar ist das nur im Gleichklang der Bundesländer. Kretschmanns Erstinitiative scheiterte letztlich nur an drängenderen Gesprächsthemen, wie der Hochwasserhilfe. Kretschmann und die Grünen werden aber nachlegen, das ist so sicher, wie das Amen in der Kirche.



Der baden-württembergische Landtag beschloss am 10.07.2013 das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz mit den Stimmen der grün-roten Regierungskoalition. Der Beamtenbund reagierte am Mittwoch enttäuscht. 'Wir bedauern, dass die Landesregierung an ihrem Vorhaben festgehalten hat', sagte Landeschef Volker Stich unserer Zeitung. Man habe bis zuletzt gehofft, dass die Verschiebung der Erhöhung verkürzt wird. 'Das wäre ein klares Zeichen gewesen, das positive Auswirkungen gehabt hätte', sagte Stich. Nun aber dürften die Zeichen weiter auf Konfrontation stehen. Vor zwei Wochen hatten rund 5000 Beamte in Stuttgart gegen Grün-Rot demonstriert und vor einem weiteren Spar-Sonderopfer der Staatsdiener gewarnt. Auch DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf war am Mittwoch enttäuscht: 'Grün-Rot spart trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf Kosten der Einkommen seiner Beschäftigten.'

Auch **Staatssekretär Murawski** springt seinem Chef zur Seite. Beim politischen Sommerfest des Beamtenbundes am 17. Juli sagte er: „**Die Beamten könnten der Landesregierung und den Regierungsfractionen auch mal ein bisschen Anerkennung zollen.**“

03 Stellenabbau – wann ist die Polizei dran?

Quelle: Stuttgarter Nachrichten und andere Printmedien vom 18.07.2013

**Niemand hat die Absicht,
30 000 Stellen zu streichen** ???

Landtag streitet zwar heftig über die Finanzen, der Ruf nach einem Kahlschlag ertönt aber nicht

30.000 oder 11.600 plus 5.000? Trotz Dementis aller politischen Parteien scheint klar zu sein, dass der öffentlichen Verwaltung ein massiver Aderlass droht. Wer, wann, welche Stelleneinsparverpflichtung erfüllen muss, wird sicherlich bis nach der Bundestagswahl offen bleiben. Die brennende Frage ist

auch, ob die Polizei alsbald nicht auch einen personellen Sparbeitrag leisten muss. Dann jedoch wäre die Polizeireform absolut „für die Katz“ gewesen“.

Die Modellrechnung des Landesrechnungshofs, wonach bis zum grundgesetzlichen Kreditverbot 2020 mindestens 30 000 Beamtenstellen gestrichen werden müssen, stößt auch jenseits der Landesregierung auf Vorbehalte. 'Auch die FDP-Fraktion verlangt nicht, 30 000 Stellen abzubauen', sagte am Mittwoch Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke in einer finanzpolitischen Debatte und unterstützte damit die Haltung der grün-roten Koalition.

Allerdings forderte er Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) auf, wenigstens für einen Teil der Stellen ein Abbaukonzept vorzulegen – so etwa für jene 5000, die Schmid zusätzlich zu den 11 600 Lehrerstellen in der Landesverwaltung streichen wolle. 'Glauben Sie, dass Beamtenstellen durch Autosuggestion verschwinden?', fragte Rülke. Grün-Rot rede ständig vom Sparen, sage aber nicht, wie.

Schmid bezeichnete die Forderungen des Rechnungshofs als unrealistisch: 'Das ist eine Modellrechnung, sie hilft uns in der praktischen Politik nicht weiter.' Das Land werde 30 000 Stellen nicht streichen können, ohne massive Eingriffe in die innere Sicherheit, die Justiz oder in die Schul- und Hochschullandschaft vorzunehmen. Die Landesregierung habe mit dem strukturellen Defizit von 2,5 Milliarden Euro eine 'schwere Erblast' übernommen. Bereits beschlossene Sparmaßnahmen wirkten sich 2020 aber bereits mit 860 Millionen Euro aus.

04 Autoren gesucht: Buch zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte

Quelle: Brief von Koll. Burkard Metzger vom 05.07.2013



Beeindruckt von den kollegialen Schilderungen über Gewalterfahrungen im Polizeialltag beim 4. DPOIG-Forum am 25.06.2013 hatte der Pforzheimer PD-Leiter und Autor zahlreicher Bücher die Idee, ein Buch zu diesem Thema herauszubringen. Die DPOIG unterstützt diese Initiative gerne und bittet alle Kolleginnen und Kollegen um ihre Beiträge. Nachfolgend der Brief von Koll. Metzger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass die Gewalt gegen Polizeibeamte stark ausufert, weiß ich auch aus Statistiken und der immer größer werdenden Anzahl von Strafanträgen des Dienstvorgesetzten, die ich unterschreibe.

Als Kolleginnen und Kollegen bei einem Gewerkschaftsforum im Juni dieses Jahres über ihre persönlichen Gewalterfahrungen berichteten, wo Gewalt gegen Polizeibeamte aus Alltagssituationen entstand, in denen niemand damit rechnete und wo diese Gewalt zum Teil in der Absicht schwer zu verletzen oder zu töten ausgeübt wurde, machte das alle Zuhörerinnen und Zuhörer sehr viel betroffener als alle Statistiken und Vorkommnisberichte.

Weil da Menschen in Uniform vor uns standen, die unter den Ereignissen litten und zum Teil noch lange brauchen würden, um damit zu Recht zu kommen. Ein Ergebnis dieses Forums war, dass das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte viel mehr Öffentlichkeit braucht, damit die Menschen in Deutschland merken, wie brutal Polizistinnen und Polizisten zum Teil in ihrem Einsatz für die Allgemeinheit angegangen werden, um damit vielleicht ein gesellschaftliches Umdenken zu bewirken.

Vor diesem Hintergrund habe ich mit meinem Verlag gesprochen, der dazu bereit wäre, ein Buch herauszubringen, in dem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte von ihren persönlichen Gewalterfahrungen erzählen.

Falls Sie an diesem Projekt mit Ihrer persönlichen Geschichte mitwirken wollen, können Sie das tun. Unter dem Titel „**Es reicht! – Gewalt gegen Polizeibeamte: Betroffene erzählen**“, soll im nächsten Jahr ein Buch mit 52 Geschichten (jede Woche des Jahres eine) mit persönlichen Erfahrungen von Polizeibeamten, die Opfer von Gewalt wurden, erscheinen.

Falls Sie am Mitmachen interessiert sind, senden Sie mir Ihre Geschichte bitte mit einer kleinen Vita, einer ausformulierten oder stichwortartigen Beschreibung des Ereignisses und gerne auch ein paar Sätzen, was das Ganze in Ihnen bewirkt hat, an burkhard.metzger@tonline.de.

Bitte teilen Sie mir dabei auch mit, ob Sie einer Veröffentlichung Ihres Namens im Buch zustimmen und ob Sie ggf. damit einverstanden wären, dass ein Bild von Ihnen neben Ihrer Geschichte abgebildet wird, um das Geschehen noch persönlicher zu machen. Sollte dies nicht der Fall sein, ist auch eine Anonymisierung möglich. Bei der Geschichte würde dann beispielsweise stehen: Polizeiobermeisterin, 27 Jahre. Schriftstellerisch werde ich die Geschichten ausformulieren und die Schlussform mit jeder teilnehmenden Kollegin und jedem teilnehmenden Kollegen abstimmen.

Einsendeschluss für Ihre Geschichten ist der **30. September 2013**.

Ich würde mich über Ihre Beteiligung an dem Buch freuen, weil ich das Thema für sehr wichtig halte und es uns mit dem Projekt vielleicht gelingt, mehr Öffentlichkeit dazu herzustellen.

Den Polizeigewerkschaften danke ich für Ihre Unterstützung dieses Projekts. Mit freundlichen und kollegialen Grüßen

Burkhard Metzger

05 Vorsicht bei E-Mail-Verteilern Bußgeld: E-Mail-Adressen für alle Empfänger sichtbar

Quelle: Haufe Online Redaktion vom 03.07.2013

Ein lässiger Umgang mit E-Mail-Adressen kann teuer werden: Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht hat gegen eine Mitarbeiterin eines Unter-

nehmens ein Bußgeld verhängt, weil sie personenbezogene E-Mail-Adressen in einem offenen Mail-Verteiler an zahlreiche Kunden verschickt hatte.

Die Mitarbeiterin hatte in ihrer Mail die Kunden darüber informiert, dass man sich zeitnah um ihr Anliegen kümmern werde. Die Mail umfasste 10 Druckseiten: die Kundeninformation umfasste etwa eine halbe Seite, die restlichen neuneinhalb Seiten waren mit E-Mail-Adressen gefüllt. Die Adressen waren im "AN-Feld" eingetragen und somit für jeden Empfänger sichtbar (sog. offener E-Mail-Verteiler).

E-Mail-Adressen sind meist personenbezogene Daten

E-Mail-Adressen setzen sich meistens aus Vornamen und Nachnamen zusammen. Aus Datenschutzsicht sind solche E-Mail-Adressen als personenbezogene Daten anzusehen, die nur dann an Dritte übermittelt werden dürfen, wenn eine Einwilligung vorliegt oder eine gesetzliche Grundlage gegeben ist. Beide Voraussetzungen lagen hier offenbar nicht vor. Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA) sieht in der Verwendung dieses offenen E-Mail-Verteilers einen Datenschutzverstoß, der mit einem Bußgeld geahndet werden kann. Weil es sich um eine besonders große Zahl an E-Mail-Adressen handelte, hat es das BayLDA in diesem Fall nicht bei einer (folgenlosen) Feststellung der datenschutzrechtlichen Unzulässigkeit belassen, sondern ein Bußgeld verhängt.

Verstöße lassen sich vermeiden

Datenschutzverstöße bei der Nutzung von E-Mail-Verteilern geschehen meist nicht absichtlich, sondern oft aus Unkenntnis. Vielen Nutzern ist nicht bewusst, dass es sich bei E-Mail-Adressen meist um personenbezogene Daten handelt. Schnell werden Adressen in das „An“-Feld oder „CC“-Feld eingetragen und sind so für jeden Empfänger sichtbar. Nur bei Eintragung ins „BBC“-Feld wird die Zieladresse ausgeblendet.

Hier die Adressfelder einer E-Mail im Einzelnen:

An: In dieses Feld wird die E-Mail-Adresse des direkten Empfängers eingetragen. Sie ist für alle Empfänger sichtbar. Nur dieser muss ggf. auf die empfangene E-Mail reagieren.

CC (Carbon Copy): Dies ist eine "Kopie", jeder Empfänger sieht, an wen die Kopie gegangen ist. Der Empfänger der Kopie muss nicht reagieren, weil er die Mail nur zur Info bekommen hat.

BBC (Blind Carbon Copy): Hier wird die Übertragung der E-Mail-Adressen an die Empfänger unterdrückt, sodass keiner erkennen kann, an wen diese Mail sonst noch geschickt wurde. Dieses Feld kann für größere Verteiler verwendet werden.

06 dbb-Homepage baut Barrieren ab – Vorlesefunktionen integriert

Quelle: dbb newsletter 065/2013 vom 03.07.2013



Speziell für Menschen mit Sehbehinderung oder Leseschwäche hat der dbb seinen Internetauftritt überarbeitet und um innovative Funktionen erweitert. Neben der Integration einer Vorlesesoftware auf www.dbb.de wurden auch die Online-Ausgaben von „dbb magazin“ und „AiR – Aktiv im Ruhestand“ für Leseprogramme kompatibel gemacht.

Alle wichtigen Artikel auf den Internetseiten des dbb sind ab sofort mit einer Vorlesefunktion ausgestattet, ohne dass Nutzer eine eigene Software installieren müssen. Nach dem Mausklick auf den Artikel-Link der dbb-Startseite steht die Funktion in der Dachzeile zur Verfügung.

Eine Frauenstimme liest den betreffenden Artikel mit natürlichem Lesefluss klar und verständlich vor. Auch ein teilweises Vorlesen der Texte ist möglich. Dazu müssen Textteile lediglich markiert werden. Die Sprachdateien zu den Artikeln können zudem kostenfrei als MP3-Datei heruntergeladen und auf dem eigenen PC zum späteren Anhören archiviert werden.

Um die Bedienung des Lese-Players zu erleichtern, wurden entsprechende Tastaturkürzel hinterlegt, so dass auch eine Bedienung ohne Maus möglich ist:

- Umschalt+S: Player starten
- Umschalt+P: Pause/Starten der Wiedergabe
- Umschalt+H: Wiedergabe anhalten
- Umschalt+N: Vor
- Umschalt+B: Zurück
- Umschalt+W: Player schließen

Auch die auf <http://www.dbb.de/presse/magazine.html> bereitgestellten PDF-Dateien der beiden Mitgliedermagazine „dbb magazin“ und „AiR – Aktiv im Ruhestand“ wurden für die Anwendung privater Vorlese-Software kompatibel gemacht: Sehbehinderte benutzen in der Regel eigene Programme zum Vorlesen von Internettexten, für deren erfolgreichen Einsatz die Internetseiten entsprechend aufbereitet sein müssen, damit der Lesefluss stimmt. So wurden die Inhaltsverzeichnisse in den beiden dbb Publikationen voll verlinkt und einzelne Artikel im Hintergrund als solche markiert. Darüber hinaus werden Bilder ab sofort immer mit beschreibenden Zusatzinformationen versehen, die Vorleseprogramme automatisch erkennen.

„Der dbb erfüllt mit diesen Maßnahmen nicht nur einen lang gehegten Wunsch der dbb Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, sondern versteht sich ebenso als Verfechter von mehr Barrierefreiheit im Internet, die insbesondere auf gesellschaftspolitisch relevanten Seiten bisher noch nicht immer gegeben ist“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Starts der neuen Funktionen.

07 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Broschüre zur Bürgerversicherung

Schon seit längerem, insbesondere aber jetzt vor den Bundestagswahlen, wird sehr intensiv über die Einführung einer Bürgerversicherung diskutiert. Der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) hat jetzt hierzu eine sehr interessante Argumentationsbroschüre „Vorsicht Bürgerversicherung – Gut ist nur der Name“ herausgebracht. Darin sind einige Fakten und Argumente aufgeführt, die gegen die Bürgerversicherung sprechen.

Im Hinblick auf die ständige Diskussion über die Beihilfe für Beamte bzw. Versorgungsempfänger ist es wichtig, dass unsere Mitglieder diese wichtigen Informationen erhalten. Wir bitten Sie daher, diese Broschüre weit in Ihrem Kollegenkreis zu streuen. Sie kann unter folgendem Link

https://bestellungen.pkv.de/w/files/shop_positionspapiere/buergerversicherung_kurzbroesch_18w.pdf

heruntergeladen werden.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: StZ vom 11.7.2013

Höhere Pension gerettet

Die ehemalige Amtschefin von Kultusminister Andreas Stoch (SPD), Margret Ruep, erhält eine deutlich höhere Pension, weil sie erst jetzt und nicht schon im Frühjahr abgelöst wurde. Nach zwei Jahren als Ministerialdirektorin erreichte Ruep im Mai den Anspruch auf ein Ruhegehalt nach der Besoldungsgruppe B 9 mit einem Grundgehalt von rund 9800 Euro. Bis dahin hätte ihr lediglich eine Pension nach B 5 (rund 7900 Euro) zugestanden.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Pistole statt Posaune

Rechnungshof will Landespolizeiorchester abschaffen. Sehen Sie dazu einen Beitrag in „Zur Sache Baden-Württemberg“ vom 11.07.2013 und folgendem Link:

<http://www.swr.de/zur-sache-baden-wuerttemberg/landespolizeiorchester/-/id=3477354/nid=3477354/did=11508694/1txbqt5/index.html>

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Ende DPoIG-ID Nr. 14/2013